Kirchliche Aufgaben nach dem Wahlsieg der AfD in Sachsen-Anhalt

13. April 1970. Gut fünfzig Stunden nach dem Start explodiert an Bord von Apollo 13 ein Sauerstofftank. Strom, Licht, Wasser und Atemluft der Kommandokapsel fallen aus. Berühmt wurde der Funkspruch durch die Filmfassung: „Houston, wir haben ein Problem.“

Kein Schrei, keine Selbstinszenierung, sondern eine Feststellung. Die Mondlandung war abgesagt; es ging nur noch darum, drei Menschen lebend nach Hause zu bringen. Das gelang, weil weder im Kontrollzentrum noch an Bord die Panik regierte. Die Lage wurde neu wahrgenommen, man rechnete, prüfte, improvisierte – und fand einen anderen Weg.

Sachsen-Anhalt ist kein Raumschiff, und ein demokratisches Wahlergebnis ist kein Unfall. Aber kirchlich ist eine Lage eingetreten, die neue Nüchternheit verlangt. Die AfD hat die Wahl klar gewonnen, die Regierungsbildung ist offen. Ihr Spitzenkandidat Ulrich Siegmund kündigt an, anderen Fraktionen und Abgeordneten die Hand zu reichen und Gespräche zu führen. Auch Menschen, die eine AfD-Regierung fürchten, wolle er anhören; die Gräben müssten zugeschüttet werden.

Die Kirche sollte diese ausgestreckte Hand weder naiv ergreifen noch demonstrativ ausschlagen. Sie sollte sie zunächst als das nehmen, was sie ist: eine öffentliche Einladung, die sich an der Wirklichkeit des weiteren Handelns wird messen lassen müssen.

1. Die Lage annehmen

In einer gemeinsamen Erklärung ihrer Vorsitzenden schreiben EKD, Deutsche Bischofskonferenz und Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen: „Schlimme Befürchtungen sind wahr geworden, aber das Ergebnis ist zu akzeptieren.“

Auch die leitenden Geistlichen in Sachsen-Anhalt – Landesbischof Kramer, Bischof Feige und Kirchenpräsident Wolkenhauer – sprechen von Sorge, einem gespaltenen Land und einer Gefährdung des sozialen Friedens. Kramer vertraut darauf, dass Gottes Geist helfen möge, „Brücken zu bauen und Gräben zu überwinden“.

Das ist ein besserer Anfang als eine Sprache, die vor allem moralische Erschütterung bekundet. Die Kirche gewinnt Glaubwürdigkeit nicht, indem sie nach der Wahl lauter warnt als vor ihr, sondern indem sie die Lage annimmt, genau hinsieht und unterscheidet.

Die Brandmauer war für viele Kirchenleitungen und kirchliche Werke eine bewusste Abgrenzung gegen vielfach beobachtete verächtliche Sprache, gegen Antisemitismus und völkische Ideologie. Und wo Würde fällt, darf die Kirche nicht schweigen.

Aber aus einer legitimen Grenze kann eine Haltung werden, die nicht mehr schützt, sondern verschärft. Die Brandmauer wird dann zum Kamin: Sie löscht das Feuer nicht, sondern verstärkt den Luftzug. Wo Wähler und Gemeindeglieder pauschal unter moralischen Verdacht geraten, wächst das Gefühl, nur noch als Problem, nicht mehr als gleichberechtigtes Glied am Leib Christi oder als Staatsbürger gesehen zu werden.

2. Die Kirche und ihre eigenen Wähler

Die IDEA-Auswertung der Wahltagsbefragung zeigt: Die AfD wurde auch unter evangelischen und katholischen Wählern stärkste Kraft. Unter Protestanten erhielt sie 33 Prozent, unter Katholiken 32 Prozent. Bei evangelischen Wählern bis 34 Jahre lag der Anteil bei 39 Prozent, bei den 35- bis 59-Jährigen bei 38 Prozent. Die AfD-Anhängerschaft ist damit kein Randphänomen kirchenferner Milieus. Wer bewusst als Christ wählt, hält die gewählten Kandidaten und Parteien jedenfalls nicht insgesamt für Gegner des Christentums. Dass viele Gemeindeglieder hier anders urteilen als ihre kirchlichen Leitungen, ist ernst zu nehmen.

Sicher billigt ein christlicher AfD-Wähler weder jedes Wort noch jede Person der Partei. Er hält ihre Kandidaten und ihr politisches Angebot aber offenbar nicht insgesamt für unvereinbar mit christlichen Maßstäben. Gerade deshalb muss die Kirche Mandatsträger an ihren Worten, ihrem Verhalten und ihren Entscheidungen prüfen, statt ihnen schon wegen ihres Parteibuchs eine grundsätzliche Gegnerschaft zu Christentum und Kirche zuzuschreiben.

Jan Gorkow, genannt Monchi, Sänger der linksradikalen Band Feine Sahne Fischfilet, hat das neulich nüchtern formuliert. In seiner Heimatregion, in der die AfD besonders stark ist, seien „nicht alles komplette Volldullis, die hier die AfD wählen“. Sein entscheidender Satz lautet: „Wenn alle Nazis sind, dann ist nachher keiner mehr Nazi.“ Und: „Umso näher ich an den Menschen bin, umso schwerer fällt mir auch das Hassen.“

Die Kirche sollte das hören. Wer Gruppen nur noch über Etiketten anspricht, verliert die Fähigkeit, Böses konkret zu benennen. Wer nicht mehr unterscheidet, kann auch nicht mehr zu Umkehr, Verantwortung oder Veränderung einladen.

3. Nicht anbiedern, sondern prüfen

Gespräch ist keine Unterwerfung. Eine kirchliche Leitung, die mit einer möglichen AfD-Landesregierung spricht, heiligt sie nicht, sondern nimmt ihr eigenes Mandat ernst: Verkündigung, Seelsorge, Diakonie, Fürbitte und öffentliche Erinnerung an Recht und Menschlichkeit.

Politik gehört zum weltlichen Regiment: wichtig und verantwortungsvoll, aber nicht mit Gottes

Reich oder ewigem Heil gleichzusetzen. Aufgabe der Kirche ist es, Gewissen zu schärfen und Regierende wie politisch Handelnde seelsorglich zu begleiten, nicht aber die Politik selbst zu bestimmen oder Andersdenkende moralisch aus der Gemeinschaft zu stoßen.

Aufgabe der Kirche ist jetzt: Die Vorhaben genau ansehen, Zuständigkeiten klären und sich nicht von Wahlkampfbegriffen treiben lassen. Entscheidend ist die Unterscheidung zwischen Aussage, Absicht, Beschluss, Vollzug und Folge.

Nicht alles, was unter dem Stichwort Migration gefordert wird, ist schlechthin unchristlich; der rechtsstaatliche Vollzug einer bestehenden Ausreisepflicht kann notwendig sein, insbesondere bei Personen ohne Schutzgrund oder nach schweren Straftaten. Aber der einzelne Fall bleibt der Prüfstein: Schutzberechtigte, integrierte Menschen, Familien und langjährig Geduldete gehören nicht in denselben Zusammenhang wie ausreisepflichtige Straftäter. Abschiebung darf weder Tabu noch Kult sein, sondern braucht Recht, Verfahren und menschliche Form.

Die Kirche ist nicht Anwältin abstrakter Parolen, sondern des konkreten Menschen. Sie wird widersprechen, wo Menschen nur nach Herkunft, Namen oder Aufenthaltsstatus bewertet werden oder wo Härte zur politischen Tugend erhoben wird.

Ebenso klar ist die Grenze beim Antisemitismus. Der Schutz jüdischen Lebens und die Erinnerung an die Shoah sind nicht verhandelbar. Gleiches gilt für Gewalt und Menschenfeindlichkeit – ob sie von rechts, links oder aus islamistischen Milieus kommen. Kirchliche Wachsamkeit darf nicht einäugig sein. Wer gruppenbezogene Verachtung, politischen Fanatismus oder die Herabsetzung des Rechts nur auf einer Seite sieht, schwächt die eigene Position durch den Eindruck ungleicher Maßstäbe.

Auch kirchenpolitische Fragen sind konkret zu prüfen, nicht pauschal: Staatsleistungen, Kirchensteuer, Kirchenasyl, Zuschüsse, Bildung, Religionsfreiheit. Die Kirche muss erklären können, was sie tut und warum. Das braucht Sachbeiträge statt Empörung.

4. Herzmut statt Holzhammer

Zwei Wochen vor der Wahl hatte der frühere Ministerpräsident Reiner Haseloff in der Wittenberger Stadtkirche den Begriff „Herzmut“ gebraucht: Mut und Tapferkeit, verbunden mit Klugheit und Mäßigung. An der Unterstützung für die AfD müsse man auch in christlichen Gemeinden arbeiten – aber nicht „mit dem Holzhammer“.

Ein hilfreiches Wort für die jetzige Situation: Wer Menschen beschämt, bevor er sie versteht, wird sie kaum erreichen; wer aus Angst vor Konflikten schweigt, lässt jene im Stich, die Schutz brauchen.

Die Alternative zum Holzhammer ist weder weichgespülte Beliebigkeit noch taktische Anpassung, sondern die geduldige Frage: Was geschieht hier wirklich? Wem nützt es? Wer wird verletzt? Was fordert das Recht? Welche Folgen hat ein Vorhaben für den einzelnen Menschen und für das Gemeinwesen?

5. Jenseits der alten Schablonen

Die Kirche braucht eine theologische Sprache, die nicht die Begriffe des politischen Betriebs nachspricht. Das Rechts-links-Schema kann begrenzt parlamentarische Positionen beschreiben, die Wirklichkeit zu verstehen reicht es nicht: Es versagt vor allem dort, wo die eine Seite sich als moralisch gut und die andere als gefährlich, rückständig oder böse beschreibt.

Die Kirche muss Weltanschauungen verstehen, ohne sich von ihnen gefangen nehmen zu lassen. Ihre eigene Unterscheidung beginnt bei Gottes Gebot und beim wirklichen Menschen: bei Würde, Recht und dem, was eine Gesellschaft zusammenhält.

Paulus beschreibt seine Aufgabe als ein Gefangennehmen der Gedanken „unter den Gehorsam Christi“ (2 Kor 10,5). Die Kirche muss lernen, ihre Begriffe, Reflexe und Bündnisse daran zu messen, ob sie Christus dienen oder nur zur Lautsprecherverstärkung fremder Ideologien werden. Dazu braucht sie politologische Beratung, die genauer hinsieht als jedes Klischee. Gleichgültig sollte sie nicht werden – vor allem darf sie sich nicht von der Weltanschauung einer Seite abhängig machen.

6. Diakonie und Gesprächsfähigkeit

Die kirchliche Aufgabe liegt nicht in Pressemitteilungen, sondern in Gemeinden und diakonischen Einrichtungen, wo Menschen sich nicht als Wählergruppen, sondern als Hilfsbedürftige, Mitarbeitende, Angehörige, Nachbarn und Gemeindeglieder begegnen und gemeinsam Gottesdienst feiern und Abendmahl halten, gleich wer kommt und wer da ist.

Diakonie hilft nicht nach Parteibuch, politischer Ausrichtung oder Haltung. Gerade deshalb kann sie zeigen, was sie tut und warum: Hilfe für Arme, Pflegebedürftige, Familien und Geflüchtete folgt keiner Milieupolitik, sondern dem Auftrag Christi. Und: Barmherzigkeit gehört genauso wie Recht und Ordnung zu einem Leben in christlicher Verantwortung.

Daraus folgen zwei Aufgaben für Kirchenleitungen.

- **Öffentliche Rede.** Politik ist an klaren, überprüfbaren Kriterien zu messen: an der Würde jedes Menschen, an Gleichheit vor dem Recht, an Freiheit, Gewaltenteilung, Schutz jüdischen Lebens, sozialer Verantwortung und der Freiheit kirchlicher und diakonischer Arbeit. Dabei sollte die Kirche konkrete Worte, Entscheidungen und Folgen benennen, nicht Menschen und Parteien mit Totalurteilen versehen.
- **Gesprächsführung.** Kirchenleitungen sollten frühzeitig und transparent Gespräche mit den parlamentarischen Akteuren suchen: mit möglichen Regierungs- und Oppositionsparteien und denen, deren Stimmen für Mehrheiten entscheidend werden. Das ist der Raum, in dem die Kirche ihre eigenen Anliegen früh, klar und öffentlich artikulieren kann – und genau das erlaubt es ihr, im Ernstfall auch zu widersprechen, wo Sprache Menschen verletzt, wo Würde in Frage steht und wo wir Korrektur verlangen.

Gemeinden und diakonische Einrichtungen können sich als dritte Orte anbieten: als Räume des Gesprächs mit allen ohne Vorurteil und des Schutzes für Menschen in Angst und Sorge. Die Kirche ist weder Ersatzopposition noch religiöse Dekoration einer Regierung.

7. Kurskorrektur

Der Wahlsieg einer Partei ist nicht das Ende der Demokratie, sondern ihr Ausdruck; ein Einschnitt bleibt er dennoch – einer, an dem auch die Kirche überlegen muss, wo sie einseitig, abgehoben oder lieblos über jene geredet hat, die sich jetzt so anders entschieden haben.

Die Kirche hat einen anderen Grund. Sie fragt nicht: Wer gehört zum richtigen Lager? Sie fragt: Was dient dem Menschen und schützt die Schwachen? Wo wird gelogen und gehasst, und wo müssen wir selbst umkehren? Und, vor allem: In welchem Menschen begegnet mir Christus?

Der Anfang liegt nicht in Anbiederung. Er liegt darin, die neue Lage ohne Selbstbetrug anzunehmen: mit klarem Kopf, offenen Händen und einem Urteil, das sich weder vom Freund-Feind-Denken noch

von der Angst regieren lässt.

Apollo 13 wurde nicht dadurch gerettet, dass man blind weitermachte. Die Lage hatte sich verändert; es kam darauf an, die richtigen Fragen zu stellen und die Menschen an Bord nicht zu verlieren. Der Weg zurück auf den Boden ging einmal um den Mond herum. Auch uns steht vermutlich ein langer Weg bevor – Grund genug, jetzt mit dem Gespräch zu beginnen und nach tragfähigen neuen Bahnen zu suchen.

Forum Kirche & Theologie e. V.

Sitz: Leipzig, VR-Nr. 8021

Funkenburgstraße 27
04109 Leipzig
info@forumkth.net

IBAN: DE47 8605 5592 1090 3536 65 BIC: WELADE8LXXX Sparkasse Leipzig

Impressum/Datenschutz